

Schöne schlichte Welt

DIE WELT vom 23. 10. 2006

Es kann doch, so sollte man meinen, nur gut sein, wenn skandalöse Dinge beim Namen genannt und öffentlich diskutiert werden. Wenigstens dieser Konsens eint alle, die sich jetzt, wie kontrovers auch immer, zur „neuen Unterschicht“ äußern: Es soll endlich von ihnen die Rede sein, von den Armen, Ungebildeten, Langzeitarbeitslosen, Zukunftslosen, Ausgegrenzten. Es sollen weniger werden, nicht mehr. Und jeder von ihnen soll die Chance haben, wieder Anschluss zu finden.

Neu ist an all dem freilich nichts. Sogar das Etikett „neu“ ist alt, ein abgenutzter Blickfänger der Medienwelt, der morgen schon wieder auf einem anderen Gegenstand kleben wird. Der Konsument auf dem Markt der Aufmerksamkeitsökonomie nimmt die ihm unterstellte Infantilität achselzuckend zur Kenntnis. Ein durchschnittliches Gedächtnis reicht aus, um Diskursroutine zu sehen, wo Entschleierung suggeriert wird. Und eine bange Ahnung von ewiger Wiederkehr beschleicht einen. „Gut, dass wir mal über das Problem reden“ – plötzlich klingt das scheinbar Unbestreitbare verdammt ironisch.

Da ist sie also: die neue Unterschicht, sogar versehen mit einer Zahlenangabe. Unterschicht soll heißen: Es gibt eine klar abgegrenzte soziale Großgruppe, vergleichbar dem klassischen Arbeitermilieu, deutlich erkennbar an ihren proletarischen Stilformen und befangen in subkultureller Binnenkommunikation. Mitgedacht in diesem Begriff ist ein Alltag wechselseitiger sozialer Klassifikation. Die oberen sozialen Großgruppen distinguieren sich von den unteren – die Elite von den Bürgern, die Bürger von den Kleinbürgern, und alle von der Unterschicht.

Noch im 19. und frühen 20. Jahrhundert gab es solche homogenen sozialen Milieus mit ihren milieuspezifischen Typen. Doch im 21. Jahrhundert ist die Auflösung dieser Milieus weit fortgeschritten. Zur angeblichen neuen Unterschicht gehören – besonders seit der Arbeitsmarktreform, aber auch schon vorher – dauerhaft arbeitslose Akademiker, entlassene Facharbeiter über 50, wegrationalisierte Verkäuferinnen, alleinerziehende Mütter und Väter, Alkoholiker, Drogensüchtige, Abzocker, die ihre Stütze mit Schwarzarbeit aufbessern, alter Sozialhilfeadel, der an Arbeit gar nicht interessierter ist.

„6,5 Millionen neue Unterschicht“, „50 Prozent mehr Brustkrebs durch Hormone“, „23000 Hitzetote im Jahrhundertsommer 2003“ – das sind Zahlen und Begriffe, die durch die Medien geistern und von klarer, oft unhinterfragter Botschaft sind. Sie kommen einem nachvollziehbaren, aber oft irreführenden Vereinfachungsbedürfnis entgegen – Politiker, Medienleute, Werbeleute, wir alle im Alltag kommen ohne Vereinfachung nicht zurecht, ohne Glättung, Idealisierung, Typisierung. Wir brauchen Fakten, Interpretationen und Bewertungen: Zahl, Deutung, Moral. Sei es die menschengemachte Klimakatastrophe, die krebsfördernde Wirkung von Hormonen, die strukturelle Mehrheit für rot-grün, der Lehrstellenmangel: Mit Zahlen und Statistiken wird politisch argumentiert, doch wer ernsthaft hinter die Wahrheit kommen will, muss sich die Machwerke näher anschauen und sie vor allem richtig interpretieren können. Oft genug beruhen sie auf methodischem Murks, oft genug kommt es zu Fehldeutungen oder offenem Missbrauch, zu Willkür bei der Anwendung auf konkrete Phänomene und anschließenden Denkverboten.

Noch nicht einmal in der Naturwissenschaft geht es ohne Vereinfachung, aber in den Sozialwissenschaften stellt sich das Problem viel radikaler. Die Ermessensfrage, wie viel Vereinfachung möglich ist und wie viel Differenzierung nötig, bleibt undiskutiert. Im Zweifel siegt immer der Wunsch nach Übersicht. Klarheit suggeriert Richtigkeit; das Gefühl der Orientiertheit genügt, die Frage nach dem illusionären Charakter dieses Gefühls hat keinen Platz. Während die Typisierbarkeit und Klassifizierbarkeit der Gesellschaft immer weiter abnimmt, dreht sich das Vereinfachungskarussell immer schneller. Die Eingängigkeit und Verstehbarkeit von Befunden beglaubigt ihre Richtigkeit; und schon schwingen alle die Moralkeule.

Wenn der moralische Streit erst einmal eingesetzt hat, geraten die fragwürdigen Prämissen der Behauptungen, auf die sich der Streit bezieht, vollends in Vergessenheit. Schon verdrängt die Frage danach, ob man das Phänomen „Unterschicht“ nennen darf, die nicht unwichtige Vorfrage, ob es denn überhaupt richtig beschrieben wurde **und ob dann in Folge für die richtigen Leute die richtigen Maßnahmen ergriffen werden**. Volker Kauder redet von „Entwürdigung“ durch die bloße Bezeichnung, Peter Struck dagegen von der „Rückgabe der Würde“ **durch den Vereinheitlichungseffekt der Hartz-Reformen, weil nun der möglicherweise gar keine Arbeit suchende Sozialhilfeempfänger dem wahrscheinlich Arbeit suchenden Arbeitslosen gleichgestellt ist**.

Flankiert werden Zahl und Etikett mit dem Ruf nach politischen Maßnahmen oder auch – je nach politischem Lager – deren Verhinderung um der Schadensbegrenzung willen: es ist ja eh schon schlimm genug, da dürfen wir nicht auch noch Leistungen kürzen.

Und so nimmt die Diskursroutine ihren Gang. Sie vereinheitlicht, wo die Verschiedenheit zunimmt; sie konstruiert eine politische Adresse, eine Art kollektiver Persönlichkeit, wo fast jeder betroffen ist oder betroffen sein kann; sie mündet in Schuldzuweisungen, wo es erst einmal um ein klares Bild der Wirklichkeit geht; sie führt zu politischen Forderungen, deren Umsetzung den Anteil der Armen, Ungebildeten, Langzeitarbeitslosen, Zukunftslosen und Ausgegrenzten weiter erhöhen wird: Höhere Transferleistungen, mehr Betreuung, dritter Arbeitsmarkt, Umschulung, Auffanggesellschaften – die Erfahrungen sind alle schon gemacht, eine Lösung des Problems bieten sie aber nicht, nur seine noch aufwendigere Verwaltung und damit Verfestigung.

Arbeitslosigkeit hat viele Ursachen, einige davon kann die Politik beeinflussen, andere nicht. Die Verlagerung der Produktion ins Ausland, das allmähliche Verschwinden sowohl des fachlich qualifizierten des Industriearbeiters als auch des einfachen Arbeiters, die Erhaltung der globalen Wettbewerbsfähigkeit durch die Erhöhung der Produktivität und den Abbau von Arbeitsplätzen: auf diese Entwicklung hat die Politik keinen Einfluss.

Andere Ursachen der Arbeitslosigkeit sind jedoch hausgemacht: Unzeitgemäßes Arbeitsrecht, aufgeblasene Stellenbeschreibungen, zu wenig Zutrauen in Lernfähigkeit und Improvisationstalent, zu wenig Anlernberufe, mangelnde Flexibilität von Arbeitnehmern, aber auch von Arbeitgebern. Die Politik könnte für bessere Rahmenbedingungen sorgen, tut es aber nicht. Die schwindende Lobby der Arbeitsplatzbesitzer und auch die immer größer werdende Schar der Transfereinkommensbezieher erhoffen sich Hilfe ausgerechnet von den Feinden der Ökonomie.

Solange Ökonomie vor allem mit Kampfbegriffen wie Shareholder Value, Heuschrecken, Ackermann und Milliardengewinnen assoziiert wird, kann kein Verständnis dafür wachsen, was eigentlich auf dem Spiel steht: **das ökonomische System insgesamt**, mit all seinen kleinen und mittleren Betrieben, die um die Existenz fürchten, **mit all seinen Versuchen, trotz Bürokratie und Regelungswut einigermaßen auf den Beinen zu bleiben**. Arbeitsplätze kann man nicht herbeischimpfen. Man bekommt sie nur mit der Ökonomie, nicht gegen sie. Die

Ökonomie aber ist ein kollektives Spiel, das mit dem Schema von Ausbeutern und Geschöpften, Tätern und Opfern, herrschender Klasse und Unterschicht schon längst nicht mehr zu beschreiben ist. Im Idealfall spielt jeder dieses Spiel mit – doch die Bundesrepublik steht in der Gefahr, sich davon immer weiter zu entfernen.

Ein Begriff wie Unterschicht bedeutet vor allem: Hier kann keiner aus eigener Kraft heraus. Doch gerade das ist die wichtigste Fähigkeit, die der Mensch zum Überleben braucht: eigene Kraft. Wie mobilisiert man diese Kraft? Indem man denjenigen, die sie aufzubringen bereit sind, Arbeit gibt. Und Arbeit gäbe es genug, wenn konkrete, alltagsnahe, einzelfallbezogene, improvisierte Lösungen nicht immer wieder durch alle möglichen Diskursroutinen verhindert würden. Ein Kellner als Redaktionsassistent? Geht nicht, der hat ja gar keine Ausbildung. Aufhebung des Kündigungsschutzes, damit alle leichter Arbeit finden und der Mittelstand mehr Arbeitsplätze schaffen kann? Geht nicht, da hätten wir ja amerikanische Verhältnisse. Ein Hauptschüler, der mit seinem Job bei der städtischen Müllabfuhr voll zufrieden ist? Um Himmels willen, wir brauchen mehr Akademiker.

Deutschland ist auch in diesem Jahr wieder Exportweltmeister. Die neue Unterschicht mit all ihren vielen qualifizierten Arbeitslosen würde es nicht geben, wenn vor allem kleinere Firmen, die sich in einer globalisierten, das heißt unberechenbaren Wirtschaft zu behaupten haben, unbürokratischer Leute einstellen und wieder entlassen dürften. Und nur diejenigen beschwören die Existenz einer neuen Unterschicht, die ihr nichts, aber auch gar nichts mehr zutrauen, sie immer weiter unter die Fittiche des fürsorglichen Sozialstaats bringen wollen und die am bestehenden Arbeitsmarkt, der sich immer noch an den Gewissheiten der Deutschland AG orientiert, nichts, aber auch gar nichts ändern möchten.